

VORWÄRTS

ORGAN DER PARTEI DER ARBEIT DER SCHWEIZ

(Erscheint wöchentlich)

Die Revanche der Freiheit

Unsere gnädigen Herren in Bern und ihre Hofpresse haben Pech. Der frische Wind der Freiheit chutet immer mächtiger um das Bundeshaus und reisst unbarmherzig Stück für Stück vom tausendfältig aufgepöppelten Prestige unserer hochwohlhülllichen obersten Magistraten. Im blanken Spiegel der Wahrheit, den man im Schweizerland herum freudig wieder ausgepackt hat, nachdem der äussere Druck gewichen, ersehen die Blößen dieser Regierungsmänner eine nach der andern. Nicht die Partei der Arbeit allein ist zum unbequemen Kritiker geworden: Ein freisinniger Nationalrat hat das ominöse Wort von der Krise im Bund geprägt. Am grünen Holz beginnt zu harzen. Denn Herr Börlin ist längst kein Rufer in der Wüste mehr. Die Bundesräte von Steiger und Petitpierre müssen sich im Organ unseres Generalstabs von einem Offizier sagen lassen, dass — im Gegensatz zu ihren Reinwaschungsversuchen — die Behandlung der russischen Flüchtlinge in manchen Belangen bis in die jüngste Zeit skandalös gewesen ist. Wer soll den offiziellen Communiqués noch Glauben schenken, wenn fast jeder zweite Tag deren Autoren im Bundeshaus ganz oder zum Teil Lügen straft?

Die gegenwärtigen Herren in Bern sind gewiss nicht zu beneiden. Ist nicht ihr Aufstieg in die höchste Landesbehörde in der Stiegluft der dringlichen Bundesbeschlüsse und dann — gerade bei von Steiger — unter dem Vollmachtenregime autoritärer Observanz erfolgt? Wie herrlich liess es sich doch regieren, dieweil dem Volk der Maulkorb angehängt war und die faschistische Hochflut um das Land herum immer neue Vorwände lieferte, um die Notwendigkeit eigenmächtiger Entscheide der Exekutive zu unterstreichen. Kein Wunder, wenn die Berner Autokraten nun, geblendet vom endlich wieder entflammten Lichtstrahl der Kritik, einen Schlag nach dem andern entgegennehmen müssen.

Der härtesten einer ist die Studie, die der ordentliche Professor für öffentliches Recht an der Universität Zürich, Giacometti, in diesen Tagen über das Vollmachtenregime der Eidgenossenschaft publiziert hat. Giacometti gilt als Autorität in seinem juristischen Fachgebiet. Er ist als Nachfolger Fleiners der Staatsrechtslehrer, dessen Stimme sich nicht totscheiden lässt. Nach der Lektüre dieser Schrift wird es sonnenklar, warum die «Neue Zürcher Zeitung» mit schlecht verborgenem Unmut die Frage nach dem Sinn einer solchen Publikation stellt und mit drastischen Worten die Gefahr an die Wand bemächtigen und die Studie einen «Frei sein für jedermann abgeben könnte, um zugunsten irgendwie gearteter Malaise ob der Unruhen» ist es nicht zu dumm und fatal, dass sich im Bund nicht wo wehren weiss, zu allem Ueberfluss auch noch ein Wissen-

schafter von Ruf seinem Herzen Luft macht, statt in der Enge der Studierstube mit seinen Ideen fein säuberlich allein zu bleiben?

Wir andern biedern Eidgenossen sind Herrn Giacometti dankbar dafür, dass aus seinen juristischen Abrechnungen mit dem Vollmachtenregime hin und wieder die freiheitliche und damit echt schweizerische Gesinnung hervorleuchtet und zu solch schönen Formulierungen kommt wie: «Hätte die Schweiz die Fackel der Freiheit im verdunkelten Europa nicht heller leuchten lassen sollen?» Oder: «Der autoritäre polizeistaatliche Geist, der ein solches Uebermass von Freiheitsbeschränkung und Notrechtssetzung naturgemäss züchtet, und der heute umgeht, scheint sich auch dauernd im Lande niederlassen zu wollen.»

Professor Giacometti bezeichnet den Vollmachtenbeschluss der Bundesversammlung vom 30. August 1939 und die auf ihm beruhende «Vollmachtenverordnung» des Bundesrates als eindeutig verfassungswidrig und illegal.

Professor Giacometti sieht in Uebereinstimmung mit der Mehrheit seiner Kollegen und im Gegensatz zu der Auffassung des Bundesrats keinerlei neben der Verfassung bestehendes Notrecht als bestehend an, aus dem sich die Vollmachten ableiten liessen. Aber nicht nur die Grundlage der Vollmachten war illegal, sondern auch ihre Handhabung derart, dass sich Professor Giacometti zum Vergleich unseres Staates mit einem «Polizeistaat» veranlasst fühlt. Die Vollmachtenpraxis des Bundesrates hat nach ihm die kantonale, individuelle und politische Freiheit, die drei Fundamente der Bundesverfassung, in intensivem Masse ausgeschaltet. Gegenwärtig liegen allein 13 Ver-

fassungsiniciativen, teilweise seit vielen Jahren, unerledigt in den Schubladen des Bundeshauses. Das Parlament ist zu einer Kontrollbehörde degradiert: die nachträgliche Genehmigung der Vollmachtenbeschlüsse will nicht viel besagen, da eine materielle Beratung und Prüfung infolge des Fehlens von Unterlagen gar nicht möglich ist. Giacometti zitiert einen typischen Ausspruch eines Parlamentariers bei der Behandlung der Vorlage betr. die Sicherstellung der Landesversorgung mit Erzeugnissen der Landwirtschaft, der lautet: «Diese Vorlage, welche vor uns liegt, scheint mir doch zu wichtig und zu notwendig zu sein, als dass wir es auf das Referendum oder gar eine Volksabstimmung ankommen lassen dürfen. Wir kennen ja die Mentalität des Volkes.» Und Professor Giacometti stellt die für unsere hohen Herren vernichtende Frage: «Ist das nicht eine Bankrotterklärung der Referendumsdemokratie?» Die Mentalität des «demokratischen» Parlamentariers, wie sie im oben zitierten Ausspruch zu Tage tritt, das ist die Mentalität des Bundesrates. Mit verfassungswidrigen Vollmachten, die man dazu noch weit über das selbst im Vollmachtenbeschluss der Bundesversammlung Erlaubte anwendet, wo es einem passt — und meistens hat es den hohen Magistraten gepasst, diesen bequemen Weg zu gehen —, hat man Freiheit und Demokratie in die Ecke gestellt, statt «im verdunkelten Europa die Fahne der Freiheit heller leuchten zu lassen». Aber um dies zu können und zu wollen, braucht es Männer von anderm Zuschnitt als die von Steiger, Etter, Celio, Stampfli, Petitpierre und Co. Herr Etter hat es verspürt, wie das Volk über seine Berufung zu einer Augustrede im Jahre 1945 denkt. Von Herrn von Steigers Ueberfälligkeit aber pfeifen schon die Spatzen ein Liedlein von den Dächern. Der neue Schlag, diesmal vom bekanntesten Staatsrechtslehrer, sitzt tief. Die Reaktionäre werden an ihm noch schwer zu beißen haben. Sto.



Der Verdingbub Chrigel

Ein skandalöses Urteil

Su. Der Fall des unglücklichen Verdingbuben Chrigel aus Madiswil hat nach seiner Aufdeckung in der «Nation» hohe Wellen geworfen. Auf Grund einer mir privat zugekommenen Meldung ging ich damals mit dem Photographen Paul Senn einer vagen Spur nach, und aus einer Fülle von Einzelheiten, aus den Aussagen der verschiedensten Personen ergab sich das Bild, das nun durch den Prozess vor dem Schwurgericht Oberaargau-Emmental in Burgdorf bestätigt und abgerundet worden ist.

Der schuldige Bauer Krähenbühl ist zu zehn Monaten Gefängnis bedingt verurteilt worden wegen Unzucht mit Kindern, begangen in den Jahren 1942 bis 1944, mit fünf Jahren Probezeit, unter Auferlegung von neun Zehntel der Verfahrenskosten und der Parteikosten des misshandelten Verdingbuben.

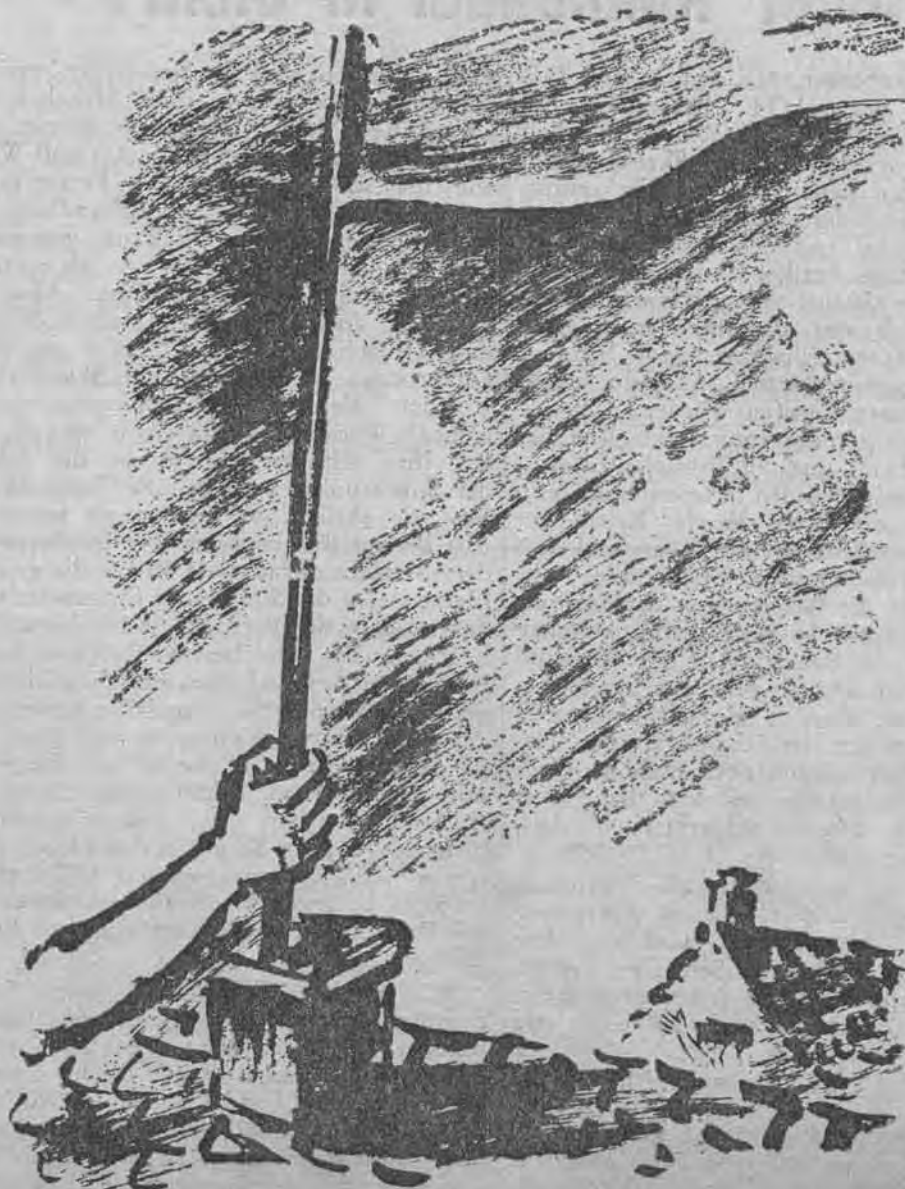
Staatsanwalt Dr. Keller hielt es offenbar weniger für seine Pflicht, dem verbrecherischen Grossbauern Krähenbühl eine gebührende Strafe für sein schändliches Verbrechen zu verschaffen, als sich gegenüber der «Nation» und unserem ersten Bericht als journalistischen Lehrmeister aufzuspielen. Es seien «unverantwortliche Uebertreibungen» vorgekommen und man habe aus dem misshandelten Verdingbuben einen «Helden und Märtyrer» gemacht.

Wenn der Herr Staatsanwalt in diesem Prozess nichts Gescheiteres zu tun hatte, dann können wir ihn nur bedauern. Leider hat er unterlassen, diese «unverantwortlichen Uebertreibungen» zu präzisieren. Leider hat er auch vergessen zu sagen, dass ohne unsere Aufdeckung des Verbrechens, dieses überhaupt nie vor Gericht gekommen wäre. Die faule Ausrede, der Fall von Madiswil sei schon lange zur Anzeige gelangt, doch sei es viel zu lange gegangen, bis man eingeschritten sei, geht uns nichts an!

Wir behaupten in aller Form, dass der Fall Madiswil verschleppt, vertuscht und begraben werden sollte! Er wäre nie zur Anzeige gelangt, wenn wir in der «Nation» nicht die Oeffentlichkeit alarmiert hätten. Alles andere ist eine Verdrehung von Tatsachen!

Ein seiner Verantwortung bewusster Staatsanwalt hätte in diesem Prozess wirklich eine bessere Aufgabe gehabt, als gegen diejenigen zu polemisieren, die ein übles Verbrechen aufgedeckt und an die Oeffentlichkeit gebracht haben. Er hätte durch die Forderung eines gerechten und harten Urteils ein Exempel statuieren können. Das wäre in einem Land, wo Verdingkinder zu Tode geprügelt werden, eine dringende Notwendigkeit gewesen. Statt dessen machte Staatsanwalt Keller den reichlich einfältigen Vorschlag, man solle Verdingkinder in Zukunft als «Pflegekinder» benennen. Als ob damit etwas besser würde!

Wer die Akten der Voruntersuchung kennt, der weiss ganz genau, dass die angeschuldigte Familie Krähenbühl durch die Verschleppung der Untersuchung, durch die grosse Zeitspanne zwischen Verbrechen und Urteil, Gelegenheit hatte, ihre ersten Aussagen abzubiegen, ihnen ein anderes Gesicht



Sieg in der Schappe

Der «Vorwärts» gratuliert den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie der Sektion Industriearbeiter des STFV zu ihrem grossen Erfolg!

Zum Nachdenken

«Wir freuen uns, dass die in Europa stationierten amerikanischen Soldaten die Schönheiten der Schweiz kennen lernen. Das hindert uns aber nicht, an die unzähligen Flüchtlinge zu erinnern, die während den Schreckensjahren des Krieges in der Schweiz Zuflucht suchten und an der Grenze zurückgewiesen wurden. Der schweizerische Bundespräsident erklärte damals, die kleine Schweiz könne nicht mehr als 12 000 Flüchtlinge aufnehmen. Die Zeiten haben sich geändert. Die Alliierten haben den Krieg siegreich beendet und Herr von Steiger hat seine Meinung revidiert. Heute erlaubt er, dass 300 000 amerikanische Soldaten sein Land besuchen können. Das alte Sprichwort: Pas d'argent, pas de Suisses, scheint seinen Sinn noch nicht ganz verloren zu haben.»

Aus der amerikanischen Zeitung «Reporter», Boston.

Die „Affäre von Chambéry“

Freitag, den 15. Juni, verliess auf Grund einer französisch-schweizerischen Vereinbarung ein Zug nach Perpignan Genf. Eine offizielle französische Kommission hatte vorher die Identität der Teilnehmer dieser Fahrt geprüft. Es handelte sich angeblich um Mitglieder spanischer diplomatischer und wirtschaftlicher Missionen und um Spanier, die in Deutschland gearbeitet oder dort anässig gewesen waren.

Bei seiner Ankunft in Chambéry wurde der Zug durch mehrere hundert Manifestanten angehalten, die die Geleise blockierten, während andere sich im Bahnhof angesammelt hatten. Die Empörung war besonders gross, als festgestellt wurde, dass sich der Zug aus zehn Wagen zusammensetzte, wovon fünf 3. Klasse, drei 2. Klasse und zwei 1. Klasse, in denen sich 450 Personen befanden, das heisst in jedem Coupé vier bis fünf Personen!

Sie verdoppelte sich übrigens, als die Manifestanten beim Eindringen in die Abteile feststellten, dass die Reisenden mit Gepäck und Waren beladen waren — vor allem mit Lebensmitteln, die für uns nicht aussergewöhnlich erscheinen, die aber in Frankreich beinahe nicht aufzutreiben sind.

Die Reisenden wurden verprügelt. Es wurde aber weder eine Feuerwaffe noch eine blanke Waffe verwendet. Der Regionalsekretär der Kommunistischen Partei griff hierauf ein, um die Ordnung wieder herzustellen. Er liess die Waren und das Gepäck in einer Ecke anhäufen, um sie den Organisationen zu übergeben, die sich mit den

Flüchtlingen und Repatriierten befassen. Er gab Anweisung, die Spanier wieder den Zug besteigen und ihn, zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle, wieder zurückfahren zu lassen.

Hätte der Zug seine Fahrt fortgesetzt, so wären noch schwerere Zwischenfälle unvermeidlich gewesen. In Grenoble, wo viele Spanier leben, hatte sich eine grosse Menge auf dem Bahnhof versammelt. Als sie vernahm, dass man Befehl gegeben hatte, Grenoble ohne Anhalten zu passieren, unterbrachen Manifestanten hier — wie an vielen andern Orten — das Geleise. Die Bevölkerung war bis an die spanische Grenze hinunter alarmiert.

Das sind, so kurz und klar als möglich zusammengefasst, die «Zwischenfälle von Chambéry».

Eine heftige Pressekampagne wurde hierauf gegen die Partei der Arbeit der Schweiz und die «Voix ouvrière» im besondern ausgelöst, die angeklagt wurden, den spanischen Zug signalisiert zu haben. Auf diese Beschuldigung ist zu antworten, dass die örtlichen Befreiungskomitees (CLL) schon seit mehreren Tagen seine Durchfahrt angekündigt hatten. In Bellegarde hatte das Befreiungskomitee die Bevölkerung schon seit dem Freitag, den 12. Juni, nachmittags, alarmiert!

Viel interessanter ist zu wissen, dass sich in diesem berüchtigten Zug (von dem zwei Waggons das Zeichen des Roten Kreuzes trugen und der vom Pastor Brütch vom Roten Kreuz und von Rotkreuz-Schwester begleitet war) eine Anzahl Phalangisten und spanischer Soldaten, die in der Wehrmacht gedient hatten, einschlichen — die in Spanien naturalisierten Deutschen und alles, was man noch nicht weiss, nicht eingerechnet. Heute wird das bestritten.

Zumindest eigenartig ist jedoch, dass die Presse vom 17. und 18. Juni ein offizielles Communiqué der Schweizerischen Depeschagentur veröffentlichte, wo es heisst: «... sowie zwölf ehemalige Angehörige der «Blauen Division», begleitet von Mitgliedern ihrer Familien.» Die Schweizerische Depeschagentur als offiziöse Agentur hat doch wohl diese Auskunft irgendwo eingeholt. Am folgenden Tage begriff man, wie kompromittierend sie war und dementierte die Information.

Die «Voix ouvrière» konnte jedoch am 19. Juni folgende Präzisionen geben, ohne von irgendwelcher Seite dementiert zu werden: Im Zuge befanden sich Primitivo Benavente, Korporal der «Blauen Division», ein

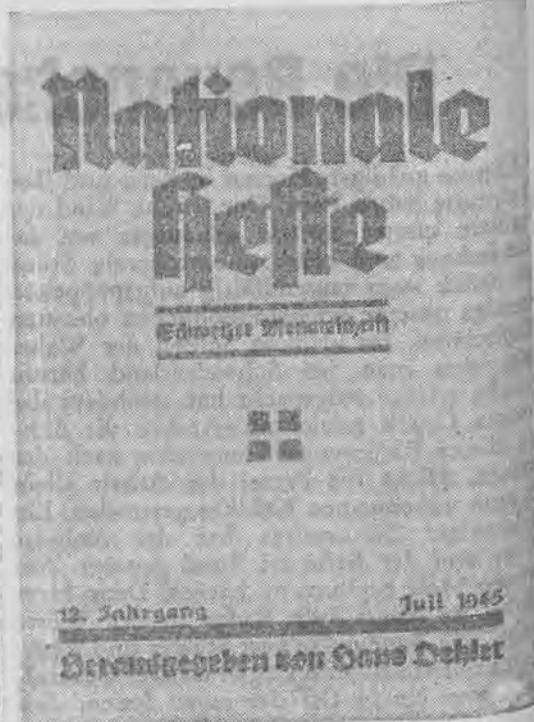
für seine Grausamkeit berüchtigter Gestapo-Agent; Antonio Palma, Korporal der «Blauen Division»; Rafael Salgado, spanischer Gestapo-Agent und Leutnant der Phalange; Vicente Cadenas, ein weiterer Gestapo-Agent aus den spanischen Lagern in Stuttgart; Segundo Martin, fanatischer Phalangist, Mitarbeiter der spanischen Hitlerzeitung «Enlace» (für die nazistisch-phalangistische Zusammenarbeit); Francisco Gimenez, spanischer SS; Antonio Rodriguez, Freiwilliger der «Blauen Division»; Antonio Fuentes, Leutnant der Phalange; Antonio Gimenez, von der «Blauen Division» und nachher Angehöriger der spanischen Armee; Segundo Garcia, von der «Blauen Division», aktiver Phalangist und SS; José Teruel, Freiwilliger der «Blauen Division» Total also elf! Damit ist man ziemlich nahe der von der Schweizerischen Depeschagentur erwähnten Zahl!

Die «Affäre von Chambéry» sollte aber nicht einmal damit ein Ende nehmen, denn die eingeleitete Untersuchung führte zu keinem Resultat, ein klares Zeichen der offiziellen Verlegenheit auf der einen Seite der Grenze wie auf der andern. Aus der von der «Humanité», «Ce soir» und andern französischen Zeitungen geführten Kampagne gegen die Anwesenheit von Jean Herold Paquis und Lousteau in der Schweiz vernahm man, dass die beiden berüchtigten Angehörigen der Miliz, Redakteure von «Je suis partout», fanatische Antisemiten, Mitarbeiter Lavals und Déats, tatsächlich in der Schweiz gewesen und am 7. Juli Frankreich ausgeliefert worden waren! Es genügt übrigens, dass Radio Moskau die Frage in dringlicher Form aufwarf, damit in einem offiziellen Communiqué die Anwesenheit dieser beiden Schufte unter falschem Namen zugegeben wurde. Und man vernimmt jetzt, dass sie mit dem berüchtigten Zug von Chambéry hätten fahren sollen und man sie im letzten Moment ihres verdächtigen Akzents wegen zurückbehielt.

Man sieht hieraus, bis zu welchem Punkt die Wachsamkeit des Volkes berechtigt war. Man wird vielleicht eines Tages erfahren, welche dunklen Transaktionen der Abfahrt des unheilvollen Spanienzuges vorausgingen. Und an jenem Tage wird man von einem Erstaunen in das andere fallen und von der Ueberraschung zur Empörung kommen. Das Volk war wachsam. Das Volk hat eingegriffen, ohne Wildheit, aber entschlossen. Es hat erst seine Kraft und dann seine Disziplin gezeigt. Man erinnere sich an die Worte des Mitglieds des französischen Konvents, Isnard: «Ja, der Zorn des Volkes ist zu oft nur die schreckliche Ergänzung dort, wo die Gesetze schweigen.» J. Vincent.

Herr Oehler ist auch dabei!

In der offiziellen Mitteilung über die Aufdeckung der Verfasser des faschistischen Pamphlets gegen die Armee und den General hiess es, die Urheber der Schmähschrift gehörten «rechtsextremistischen» Kreisen an. Dieses Communiqué ist, wie wir es nachgerade aus dem Bundeshaus gewohnt sind, nur zum Teil richtig; es finden sich unter den Pamphletisten auch Angehörige der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei — der Herren von Steiger und Feldmann, seines



Zeichens Oberhelfer gegen die Partei der Arbeit. Wir können es den Herren nachfühlen, dass sie das Bedürfnis empfinden, ihre Parteigenossen zu verleugnen. Unter den offenen Faschisten aber, die der Schmähschrift zu Gevatter gestanden sind, befindet sich nach neuester Verlautbarung auch Herr Hans Oehler, Redaktor der «Nationalen Hefte», ferner Herr Karl Meyer, der ebenfalls — zusammen mit dem Frontenführer Tobler — in den «Nationalen Heften» mit der ausdrücklichen Bewilligung von Steiger das faschistische Gift austreute. Macht nun Herr von Steiger diesen Naziladen endlich zu? Oder will er den Vorwurf, diese Faschisten zu unterstützen, noch länger auf sich sitzen lassen?

Partei der Arbeit der Schweiz

Die Parteileitung und der Parteivorstand der Partei der Arbeit der Schweiz haben am 21. und 22. Juli unter dem Vorsitz von Léon Nicole zur politischen Lage eingehend Stellung bezogen. Der Parteivorstand erhebt einmütig Protest gegen die infame Lügenkampagne bürgerlicher Zeitungen gegen die Partei der Arbeit und ihre Führung insbesondere gegen ihren Präsidenten Léon Nicole. Der Parteivorstand hat einmütig die Forderung auf eine positive Mitwirkung der Schweiz an der Sicherung des Weltfriedens gebilligt, was den Verzicht auf die Neutralität der Schweiz bedingt. Der Parteivorstand verpflichtet die kantonalen Parteioorganisationen, den Kampf für die Säuberung unseres Landes von faschistischen Kriegsverbrechern mit noch grösserem Nachdruck als bisher zu führen. Die Partei der Arbeit wird den Kampf nicht einstellen, bis die Schweiz von allen faschistischen Elementen gesäubert ist. Der Parteivorstand beglückwünscht die Mitglieder und die Leitung der Partei der Arbeit des Kantons Zürich zu ihrem bedeutenden Erfolg bei der Ersatzwahl in den Zürcher Regierungsrat. Er spricht insbesondere dem Genossen Otto Brunner, welcher von den Gegnern der Partei der Arbeit in gehässiger Weise angegriffen worden ist, sein uneingeschränktes Vertrauen aus. Der Parteivorstand hat beschlossen, den zweiten Parteitag der Partei der Arbeit auf den 21./23. September 1945 nach Genf einzuberufen.

Erklärung

Herr Kurt Vogelsang, der Verfasser des in unserer letzten Nummer zitierten Artikels über die Behandlung der Russen in der Schweiz, bittet uns, damit keine Unklarheiten bestehen, einen seiner zitierten Sätze im vollen Wortlaut wiederzugeben. Derselbe Satz lautet: «Unsere eigenen Wahrnehmungen aber haben gezeigt, dass — es muss die leider in aller Offenheit gesagt werden — die Partei der Arbeit, allerdings mit politischen Uebertreibungen, nicht ganz unrecht hat.»

Wir bitten Herrn Vogelsang, die politischen Uebertreibungen ruhig in seiner Form zu bezeichnen. Er hat dies in seinem Artikel leider unterlassen. Dann werden wir dazu Stellung nehmen können.

Die Redaktion

Ein skandalöses Urteil

(Fortsetzung von Seite 1)

zu geben und noch besser als in der Voruntersuchung zu leugnen. Zudem haben sich alle Angeklagten mit Virtuosität auf die Taktik des alten Verräters Pétain festgelegt: sie «erinnerten sich nicht mehr».

Schon die ganze Führung der Voruntersuchung ist ein Skandal. Der Untersuchungsrichter unterliess es, die Angeschuldigten sofort hinter Schloss und Riegel zu setzen. Er erschwerte damit das Gerichtsverfahren und verhinderte eine saubere Erledigung der Affäre. Wäre man wohl mit einem armen Bauern auch so gnädig verfahren...? Die Ausschaltung der durch die Aussagen Chrighs und ihrer eigenen Tochter (die sich gegenüber der Voruntersuchung nun plötzlich auch nicht mehr «erinnern» konnte) schwer belasteten Frau Krähenbühl, ist ein Kapitel für sich. Darüber wird noch einiges zu sagen sein...

Die «Berner Tagwacht» meint, die «Nation» habe immerhin das Verdienst, durch ihre Publizität erreicht zu haben, dass der armen Familie Aeberhard geholfen worden sei, indem diese nun ein kleines Heimchen bewirtschaften kann. Sicher ist das lobenswert, doch es ist nicht das Wesentliche — es ist der typische Standpunkt der naiven Einfamilienhäuschen-Sozialisten der «Tagwacht» —, sondern wichtig ist, dass die Öffentlichkeit auf das Problem der Verdingkinder aufmerksam gemacht wurde und dass ein übler Verbrecher seine — wenn auch viel zu milde — Strafe erhielt.

Man komme uns nicht mit dem blöden Vorwurf von «Uebertreibungen». Das kennen wir! Wo gehobelt wird, da fliegen Späne. Der Journalist ist keine Polizeinase, und er will es nicht sein. Ob einige unwesentliche Details stimmen oder nicht, ist vollkommen gleichgültig. Ob der Bauer Krähenbühl der reichste oder der zweitreichste Bauer in der Gegend ist, ist so breit wie lang. Tatsache ist, dass durch unseren seinerzeitigen Artikel in der «Nation» ein Verbrechen aufgedeckt worden ist. Tatsache ist ferner, dass dieses Verbrechen vertuscht und verschleppt wurde. (Dem Lehrer des Verdingbuben erklärte man seitens der Behörden, er solle sich mit diesem Fall nicht «die Finger verbrennen») Tatsache ist, dass in allen wesentlichen Punkten der Bauer Krähenbühl schuldig befunden wurde und Tatsache ist ferner, dass sich die andern Angeklagten durch die Unfähigkeit des Untersuchungsrichters und indem sie «sich nicht mehr erinnern» konnten, aus der Affäre ziehen konnten.

Der Herr Staatsanwalt wird sich aber hoffentlich noch oft gefallen lassen müssen, dass gewisse Journalisten dort etwas nachhelfen, wo Angstmeierei und Korruption das unterlassen, was im Interesse der Öffentlichkeit not tut.

Die Zeichnung auf Seite 1 ist dem wunderbaren Buche «Destins» von Frans Masereel (Verlag Oprecht, Zürich) entnommen.

Neuer Kuhhandel in Sicht?

Männi Leuenberger, Nationalrat und Generalsekretär des VHTL, hat eine neue Leidenschaft: er geht auf Reisen! Neulich war er in London, jetzt in Skandinavien. Wenn er von seinen Reisen heimkommt, erscheinen in der sozialdemokratischen Presse Leitartikel mit den Reiseeindrücken des Männi. Diese Artikel sind natürlich immer zweckbestimmt. In seinem neuesten Bericht wird betont, dass man es in Norwegen gerne sehen würde, wenn die Schweiz auf den Gesandtenposten in Oslo einen Sozialdemokraten berufen würde.

Das ist weiter nicht interessant. Viel bedeutsamer scheint uns die Tatsache zu sein, dass die «massgebenden Persönlichkeiten» im Norden offenbar scharfe Kritik an unserer Aussenpolitik geübt haben und dass man dort auf die wundeste Stelle dieser Politik trippete: auf die Beziehungen der Schweiz zur Sowjetunion. In den skandinavischen Ländern, wo die Beziehungen mit Russland hergestellt sind und als sehr gut bezeichnet werden, könne man es einfach nicht verstehen, warum von der Schweiz aus das Verhältnis zur Sowjetunion noch nicht in Ordnung gebracht worden sei. Man habe dort den Eindruck, dass die schweizerische Aussenpolitik ungeschickt sei.

Leuenberger habe den skandinavischen Prominenten versichert, dass an dieser verführerischen Aussenpolitik und an dem gegenwärtigen Verhältnis Schweiz—Sowjetunion die schweizerische Arbeiterbewegung keine Verantwortung und keine Schuld trage.

Wir wollen das Vergangene nicht des langen und breiten erörtern und haben auch nicht die Absicht, alte Sünden aufzudecken. Wir wollen vergessen, dass Parteipräsident Hans Oprecht im Jean-Christoph-Verlag das gemeinste Hetzbuch gegen die Sowjetunion herausgegeben hat (André Gide: «Zurück aus der UdSSR»), vergessen die gemeinen Aufrufe gegen die Sowjetunion, die von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Basel im «Baslerstab» veröffentlicht worden

sind, vergessen, dass die sozialdemokratische Nationalratsfraktion in ihrer Mehrheit den Liga-Aubert-Mann von Steiger immer wieder gedeckt hat, vergessen die Art und Weise, wie die sozialdemokratische Presse mehrheitlich zu der traurigen Behandlung der russischen Flüchtlinge Stellung genommen hat. Wir haben anderes zu tun, als einander die alten Sünden vorzuhalten. Aber wir möchten doch die Frage stellen: Werden nun Leuenberger und Oprecht aus ihren Erfahrungen in London und Skandinavien wirklich die richtigen Schlussfolgerungen ziehen? Werden sie nun dafür sorgen, dass auf ihre schönen Worte an die Adresse der Sowjetunion auch schöne Taten folgen? Sind sie ehrlich, so müssen sie feststellen, dass bis auf den heutigen Tag in einem Teil der sozialdemokratischen Presse die gemeine Hetze gegen das Sowjetland fortgesetzt wird, dass man in der Parteihierarchie bis auf den heutigen Tag am besten Karriere macht, wenn man den Ruf eines Bolschewikfrassers genießt. Werden Sie nun dafür sorgen, dass das anders wird? Werden sie vor allem aber die Politik, die sie in der Schweiz betreiben, mit den schönen Erklärungen, die sie im Ausland abgeben, in Uebereinstimmung bringen? Werden Sie gegen den Liga-Aubert-Mann von Steiger, gegen den Trutmann Stampfli und gegen den Reaktionär Etter auch im Parlament einen konsequenten Kampf führen?

Wir gönnen diesem und jenem Sozialdemokraten gerne den Posten eines Gesandten im Auslande. Aber die schweizerische Arbeiterschaft erwartet mit Recht, dass hier kein neuer Kuhhandel getrieben wird. Die Sozialdemokratie soll sich diese Posten nicht vom Bürgertum schenken lassen, wie etwa den ersten Sitz im Bundesrat, den sie erhielt, weil sie als Gegenleistung auf einen Kampf gegen den freisinnigen Pilet-Golaz und den katholischen Bundeskanzler Leimgruber verzichtete und weil sie nur allzuoft im Kampf gegen die Sowjetunion dem Bürgertum das Stichwort gab.

E. Wi.